

Sozialbündnis Krefeld: Bewährte Schuldnerberatung beibehalten

Auch das Sozialbündnis Krefeld spricht sich für den Erhalt der bestehenden Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Krefeld aus und lehnt die Überlegungen der Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP, die Schuldnerberatung auf Diakonie und Verbraucherzentrale zu zentralisieren, ab.

„Welche Gründe gibt es für eine Beendigung der Finanzierung der Schuldnerberatung durch die Sozialverbände SKF und SKM?“ fragt Lothar Wilhelms, Sprecher des Sozialbündnisses. „Fachliche können es nicht sein, da hier seit Jahren gute Arbeit geleistet und neben der Schuldnerberatung auch mit psychosozialer Kompetenz und Erfahrung geholfen wird. Beim Wegfall der städtischen Zuschüsse in Höhe von 86.000 € jährlich müssten zwei bewährte Beratungsstellen schließen und fast vier Vollzeitstellen gingen verloren. Für diese Mittel bekäme die Stadt die 3,6 Stellen keinesfalls finanziert. Daher hat das Sozialbündnis Krefeld keinerlei Verständnis für die Pläne von SPD, Grünen und FDP!“ kritisiert Lothar Wilhelms, der Sprecher des Sozialbündnisses Krefeld.

Sollten finanzielle Gründe für die Überlegungen maßgeblich sein und gar die Absicht bestehen, die Mittel für die Schuldnerberatung zu kürzen, wäre dies ein sozialpolitischer Skandal.

„Wir stimmen der CDU-Fraktion Krefeld und der LINKEN. Ratsgruppe Krefeld zu: Die Zuschüsse aus dem Krefelder Haushalt müssen ungekürzt weiter bewilligt werden in den nächsten Jahren! Die Vielfalt und Qualität in der Schuldner- und Insolvenzberatung muss erhalten bleiben!“ fordert der Sprecher des Sozialbündnis, Lothar Wilhelms.

Der Caritasverband für das Bistum Aachen e.V. hatte Mitte Mai 2023 die Krefelder Lokalpolitik aufgefordert, die Beratungsstellen des SKF und SKM zu erhalten und deren Bedeutung dargestellt.

Nach Kenntnis des Sozialbündnisses informierte die Verbraucherzentrale NRW am 06.07.2023 die Krefelder Ratsparteien, sie wolle in Krefeld keine umfassende Schuldnerberatung bzw. Verbraucherinsolvenzberatung anbieten und sei auch nicht befugt, Verbraucherinsolvenzberatungen durchzuführen. „Unsere Antragstellung aus Dezember 2022 zielte somit nicht darauf ab, parallel zu den anderen drei (anerkannten) Trägern in die umfassende Schuldner- und insbesondere Verbraucherinsolvenzberatung in Krefeld einzusteigen.“ erklärte Sigrun Krümmel, die Regionalleiterin im Bereich Beratung und Bildung der Verbraucherzentrale NRW e.V.

Für den Sprecherrat
Lothar Wilhelms
20.7.23